

Reisebericht Palästinensische Gebiete und Israel 29.3.-3.4.2009

Kerstin Müller, MdB, außenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen,

begleitet von René Wildangel (Fraktionsreferent)

Zusammenfassung

Der Besuch fand zu einer schwierigen Übergangszeit statt, in der unklar bleibt, in welche Richtung sich der israelisch-palästinensische Konflikt entwickelt: Die Palästinenser verhandeln in Kairo über eine Einheitsregierung, in Israel ist eine rechtsgerichtete Regierung angetreten. Gleichzeitig warten alle Akteure auf Signale von der neuen US-Administration, die eine aktive Nahostpolitik angekündigt hat:

- Der Gazakrieg hat die Rahmenbedingungen für eine Verhandlungslösung erschwert. Auf beiden Seiten hat eine weitere Radikalisierung stattgefunden, die Akteure sind weniger denn je handlungsfähig bzw. -willig.
Die Lage in Gaza ist katastrophal, es gibt weitreichende Zerstörungen und es herrscht große Frustration und Perspektivlosigkeit. Besonders die anhaltende Abriegelung verhindert jeden Fortschritt. Moderate Palästinenser (Geschäftsleute, Mittelstand) beklagen sich, dass durch den Krieg in erster Linie die Bevölkerung, sowie auch moderate Kräfte „zerbombt“ wurden. Die rigorose Blockade-Politik hat vor allem sie betroffen. Die Hamas sei auch deshalb weiterhin so populär. Die Grenzen müssen geöffnet werden. UNRWA ist kaum in der Lage die Flüchtlinge mit dem Nötigsten zu versorgen. Das Nötigste zum Wiederaufbau darf nicht eingeführt werden, so dass in absehbarer Zeit eine eigene Versorgung von Gaza nicht möglich sein wird.
60 % der Bevölkerung im Gaza sind unter 18 Jahre. Je länger die Blockade andauert, desto größer wird die Radikalisierung.
- Es gibt keine Alternative zu einer palästinensischen Einheitsregierung.
Diese Sichtweise wird von allen Seiten favorisiert, auch vom palästinensischen Premierminister Salam Fayyad und dem Fatah-Politiker Qadoura Fares. Das ist der einzige Weg, wieder zu einem palästinensischen Ansprechpartner zu kommen, der in Gaza und der Westbank über Legitimität verfügt. Danach müssen Neuwahlen stattfinden. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass Wahlen erneut anders ausgehen als sich die internationale Gemeinschaft dies wünscht. Der scheidende palästinensische Premierminister Salam Fayyad machte ebenfalls deutlich dass bis Januar 2010 Neuwahlen stattfinden müssen, unabhängig davon, ob eine Einigung zwischen der Hamas und der Fatah gelingt.
- Die Politik des „Westbank first“ ist dramatisch gescheitert, und muss deshalb beendet werden. Die Hamas ist nicht zerstört, sondern nach wie vor gesellschaftlich tief verwurzelt - durch den Krieg, wie Umfragen zeigen, eher noch mehr als zuvor. Fatah war noch nie so schwach wie heute. Die Spaltung, die durch den Annapolis-Prozess vertieft wurde, setzt sich fort.
Daher sind die Rahmenbedingungen des Nahost-Quartetts kontraproduktiv für den weiteren Prozess und müssen dringend verändert werden. Die alte Politik der Bush-Administration muss überwunden werden.

- Die EU muss Druck auf beide Seiten ausüben, damit die Einheitsregierung zwischen Fatah und Hamas zustande kommt. Die ägyptischen Bemühungen könnten damit unterstützt werden. Die EU muss deutlich machen, dass sie zur Zusammenarbeit mit beiden Partnern bereit ist unter der Bedingung, dass die neue Regierung die bisherigen internationalen Verträge respektiert und anerkennt, sowie auf Gewalt zur Durchsetzung ihrer Politik verzichtet. Dabei ist wichtig, dass zwischen Hamas als Partei und als Mitglied der Regierung differenziert wird. Dass die Hamas – als Partei – Israel formal anerkennen wird, ist derzeit wohl ausgeschlossen. Allerdings ist ausschlaggebend, was die Position einer künftigen Regierung und nicht einer Partei ist (beispielsweise erwähnt das Likud-Parteiprogramm auch nicht die Zweistaatenlösung). Diese Formel würde einen politischen Umgang mit der Bewegung erlauben, wie dies auch 14 ehemalige internationale Friedensvermittler schon gefordert haben.

Verhandlung bzw. Gespräche mit Hamas auf niedrigrangiger Ebene sollten von der EU angegangen werden, um einen solchen Verhandlungsprozess einzuleiten und die in Kairo laufenden Versöhnungsgespräche der ägyptischen Regierung zu unterstützen. Eine solche flexiblere Politik muss die bisherigen starren Rahmenbedingungen des Nahost-Quartetts ersetzen.
- Nach den Wahlen in Israel besteht wenig Aussicht auf eine Rückkehr zu Verhandlungen. Die neue Regierung bekennt sich nicht zur Zweistaatenlösung und nicht zu den internationalen Verträgen. Dies muss genauso wie von der palästinensischen Seite eingefordert werden. Die internationale Gemeinschaft kann nicht auf der einen Seite Kriterien aufstellen, und auf der anderen Seite eine Abkehr vom Friedensprozess akzeptieren. Die Fortsetzung des Friedensprozesses ist mit der neuen israelischen Regierung stark gefährdet. Der neue israelische Außenminister Avigdor Lieberman hat mit seiner undiplomatischen Antrittsrede bereits entsprechende Signale gesetzt. Auch wenn sein neuer Stellvertreter Danny Ayalon während des Besuchs versucht hat, Bedenken zu zerstreuen, bleibt unklar, wie die neue Regierung sich verhalten wird. Seitens der israelischen Friedensbewegung ist deutliche Kritik und große Enttäuschung zu vernehmen, nicht zuletzt gegenüber dem Vorsitzenden der Arbeitspartei und neuem Verteidigungsminister Ehud Barak, der als Feigenblatt der neuen Regierung gesehen wird. Die Erwartungen an die EU sind groß.
- Die Zeit für eine Zwei-Staaten-Lösung läuft ab. Das wurde deutlich „on the ground“: Der Siedlungsprozess schreitet stetig voran und die Trennung zwischen dem Gazastreifen und der Westbank verfestigt sich. Seit Beginn des Friedensprozesses in Oslo 1993 haben sich die Siedlungen verdoppelt: Aktuell sind es 285 800 in der Westbank und 193 700 in Ostjerusalem. Die Siedlungsfrage ist deshalb ein ganz entscheidender Punkt für jede zukünftige Konfliktlösung.

Während offizielle israelische Stellen dieser Diskussion ausweichen, drängen Nichtregierungsorganisationen und Politiker aus dem Friedenslager auf eine größere Aufmerksamkeit. Die Siedlungen werden ständig weiter ausgebaut und drohen die Zweistaatenlösung unmöglich zu machen. Die Stadt Hebron ist dafür ein Sinnbild (im Einzelnen siehe Bericht). Hochgefährlich entwickelt sich auch die Situation in Ostjerusalem: Das sogenannte E1 Projekt in Jerusalem, das Platz für 280 000 neue Siedler schaffen soll, würde Ostjerusalem von der West-Bank abschneiden. Das widerspricht diametral der Road Map und den internationalen Vereinbarungen.

- Es ist mehr internationale Einmischung notwendig. Sonst schwindet die Aussicht auf eine Friedenslösung. Die EU muss eine eigene aktivere Rolle im Nahen Osten spielen, da derzeit der Ansatz der US-Regierung in der Nahost-Politik noch nicht absehbar ist. Dabei sind auch die Erwartungen an Deutschland groß. Die EU muss die Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung eindeutig unterstützen, sowie auf einen Stopp der israelischen Siedlungspolitik und Anerkennung und Verpflichtung für die Zwei-Staaten-Lösung bestehen.
Eine Fortsetzung des „Upgrade“ der EU-Beziehungen mit Israel, das im Dezember 2008 vom Europäischen Rat beschlossen wurde, muss unter diesen Umständen auf Eis gelegt werden, solange bei diesen Themen keine substantiellen Fortschritte erreicht werden.
- Die Chancen eines regionalen Ansatzes müssen genutzt werden. Durch die Einbeziehung Syriens und der arabischen Friedensinitiative bestehen Möglichkeiten für eine regionale Diplomatie. Allerdings hat die neue israelische Regierung unter Premierminister Benjamin Netanyahu und Außenminister Avigdor Lieberman klar gemacht, dass eine Rückgabe der besetzten Golan-Höhen nicht in Aussicht steht.

Sonntag, 29. März 2009

Nach der Abholung vom Flughafen fahren wir mit einem Fahrer des Deutschen Vertretungsbüros (VB) direkt nach Ramallah zu einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung. Bei der Fahrt in die Stadt wird bereits deutlich, dass sich das Leben hier nach der angespannten Zeit der Intifada etwas normalisiert hat. Auffällig sind viele Neubauten und großflächige Werbetafeln. Von der Böll-Stiftung wird die langjährige Mitarbeiterin Hadeel al-Qazzaz verabschiedet, anwesend sind auch viele Partner der Böll Stiftung

Montag, 30. März 2009

1. Führung durch Hebron

Morgens machen wir eine Führung durch Hebron. Dort werden wir von der internationalen Beobachtermission **Temporary International Presence in Hebron (TIPH)** empfangen und bekommen ein Briefing vom Head of Mission, dem norwegischen Offizier Roy C. Gottheim.

In der zweitgrößten arabischen Stadt in der Westbank leben insgesamt ca. 160.000 Menschen. Seit 1967 besteht dort die älteste Gemeinschaft von Siedlern, die sich durch ihren hohen Ideologierungsgrad auszeichnen. Sie berufen sich auf die ursprüngliche jüdische Gemeinde, die in Hebron bis zu den gewaltsamen Ausschreitungen 1929 lebte, haben aber mit diesen ursprünglichen Bewohnern nichts zu tun. Viele der Siedler stammen aus den USA und stehen der dort entstandenen (und in Israel verbotenen) radikalen Kach-Bewegung um den Hassprediger Rabbi Kahane nahe.

Ca. 120.000 Araber wohnen in der so genannten Zone H1 unter palästinensischer Verwaltung und ca. 30.000 Araber sowie ca. 500-1000 radikale Siedler in der Zone H2 (unter israelischer Sicherheit). Nahe Hebron besteht die Siedlung „Kiryat Arba“ mit ca. 6000 Bewohnern. Das Abkommen zur TIPH wurde 1996 mit dem damaligen israelischen Premierminister Benyamin Netanyahu ausgehandelt. Es war vor allem eine direkte Folge des Massakers in der Arahamsmoschee, wo der israelische Militärarzt Baruch Goldstein, der aus Kiryat Arba stammte, 29 Araber beim Gebet in der Abrahamsmoschee erschoss, bevor er selbst getötet wurde. Von radikalen Siedlern wird Goldstein noch heute als Märtyrer verehrt. Die TIPH beobachtet die Situation in der Stadt und berichtet darüber vertraulich den Konfliktparteien und ihren Gastländern.

In der Zone H1 breiten sich die Siedler immer weiter aus, weite Teile wurden mittlerweile aufgrund der anhaltenden Belästigung von arabischen Bewohnern verlassen. Übergriffe von Siedlern auf die arabische Bevölkerung in der Stadt sind an der Tagesordnung. Diese werden in der Regel von der israelischen Armee nicht unterbunden. Seit im November 2008 auf Anordnung des Obersten Israelischen Gerichtshofes ein besetztes Haus von der israelischen Armee geräumt wurde und den anschließenden Ausschreitungen seitens der Siedler sei das Verhältnis aber deutlich abgekühlt. In der Zone H2 übt offiziell die palästinensische Polizei die Hoheit aus, allerdings fänden immer wieder israelische Aktionen dort statt. Die Zusammenarbeit zwischen pal. und israelischer Seite funktioniere aber relativ gut – nicht zuletzt, weil man die Hamas, die im konservativen Hebron stark sei, als gemeinsamen Feind betrachte.

2. Gespräch mit Ghassan Khatib

Dann folgte in Ramallah das Gespräch mit dem (Fatah-nahen) Vizepräsidenten der Birzeit-Universität, Herrn Dr. **Ghassan Khatib**. Khatib verwies auf Umfragen, dass nach dem

Gazakrieg Hamas besonders in der Westbank an Popularität gewonnen habe. In der Westbank werde die Unnachgiebigkeit von Hamas honoriert. Die Machtbalance verschiebe sich, ein Prozess der bereits vor 2006 begonnen habe. In Gaza selbst sei die Unterstützung zurückhaltender, da die Menschen unter den Folgen des Krieges zu litten. Während der Westen in der Berichterstattung die Raketenangriffe auf Israel gezeigt habe, habe das arabische Publikum die Bilder aus Gaza ständig vor Augen gehabt. Hamas wurde als Hautgegenspieler Israels wahrgenommen und dadurch aufgewertet, die PA sei marginalisiert. Dass **Hamas Hauptgegner im Krieg** gewesen sei, bedeute logischerweise auch, dass sie jetzt auch **erster Adressat für den Frieden** werden müsste. Ägyptens Position sei zunächst durch den Krieg geschwächt, dann aber durch die zentrale Verhandlungsrolle sogar gestärkt worden.

Nach den Wahlen in Israel zeige sich, dass auf beiden Seiten radikale Positionen an Boden gewinnen, ausgerechnet während in den USA eine neue hoffnungsvolle Regierung angetreten sei. Die Idee, dass in Israel ausgerechnet eine rechte Regierung möglicherweise den Frieden durchsetzen könnte, bezeichnete Khatib wegen deren ideologischer Prämissen als abwegig. Israelische Regierungen würden seit langem mit Verweis auf einen fehlenden palästinensischen Partner eigene Anstrengungen unterlassen. Nach dem Tod von Arafat hätte man 14 Monate lang mit Abbas verhandeln können, was auch nicht geschehen sei. Einzige Hoffnung liege in einer **resoluten Einmischung der internationalen Gemeinschaft**, auch Europas. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass die einzige Alternative zu einer palästinensischen Einheitsregierung angesichts der Kräfteverhältnisse in einer alleinigen Hamas-Herrschaft liege. Die Quartett-Bedingungen müssten bei einer Einigung auf eine gemeinsame Verhandlung flexibel gehandhabt werden, ohne die Grundsätze aufzugeben. In der internationalen Politik müssten Regierungen die Vereinbarungen ihrer Vorgänger einhalten, von Parteien wie Hamas oder dem Likud müsse das nicht gesondert eingefordert werden. Bei den USA könne er bisher keine Änderung feststellen, eine palästinensische Delegation habe in Washington keine Signale bekommen. Die EU dürfe sich jetzt nicht zurücklehnen, sondern müsse die neue US-Position aktiv beeinflussen.

3. Gespräch mit Qadoura Fares

Im Anschluss fand ein Gespräch statt mit **Qadoura Fares**, einem jüngeren **Fatah-Politiker**, der dem inhaftierten Marwan Barghouti nahesteht. Fares hält eine Einigung zwischen Hamas und Fatah für möglich, wenn auch weiterhin ernsthafte Unterschiede bestünden. Mitentscheidend für einen erfolgreichen Abschluss sei aber, dass die Quartettbedingungen geändert werden, die eine Last auf Abbas' Schultern und hinderlich für die Bildung einer Einheitsregierung seien. Fatah drohe, dass sie nur noch als Erfüllungsgehilfe des Quartetts gegenüber Hamas wahrgenommen werde. Von der neuen israelischen Regierung müsse ebenfalls die Anerkennung eines Palästinensischen Staates verlangt werden, sowie ein Stopp des Siedlungsbaus. Hamas könne zurecht die Anerkennung Israels verweigern, wenn dazu Hunderttausende Siedler und neu geplante Siedlungen gehören. Fatah könne nach all den Jahren nichts vorweisen, was man für die Anerkennung Israels erhalten habe. Zentral sei, dass EU und USA differenzierte, zwischen dem, was von der Plattform einer Einheitsregierung zu erwarten sei – nämlich Anerkennung der Verträge und Gewaltverzicht – und dem was von der Hamas als Partei zu erwarten sei.

Zu der Zukunft des inhaftierten Marwan Barghouti sagte er, es sei besser wenn Barghouti gewählt werde und dann ein „Präsident im Gefängnis“ sei, als wenn Ismail Haniya (derzeitiger PM der Hamas) gewählt werde und so das ganze Volk im Gefängnis bleibe. Barghouti nehme derzeit aber keinen Einfluss auf die Versöhnungsgespräche, da mit dem „**Gefangenenpapier**“ von 2007 bereits ein Rahmendokument zur Versöhnung existiere, das gültig bleibe. Auf die Frage nach der Rolle von Salam Fayyad stellte er klar, dass Hamas dessen Rolle nicht unterstütze. Fares habe selbst im Gespräch mit Mashaal 2007 Fayyad gelobt, aber das Misstrauen

sei bestehen geblieben. Hamas werfe Fayyad auch eine Verantwortung bei der Verhaftungswelle gegen Hamas-Politiker vor.

Von der EU erwarte man eine aktivere Politik insbesondere in der Frage der Siedlungspolitik, nicht immer nur ein Umsetzen von US-Vorgaben. Es sei noch unklar, was von der neuen US-Administration zu erwarten sei. Wichtig sei vor allem **Druck in der Siedlungsfrage und der Hauszerstörungen**. Ohne konkrete Fortschritte und eine klare Perspektive sei zu befürchten, dass sich die Palästinenser radikalisierten.

4. Gespräch mit Salam Fayyad

Der **palästinensische Premierminister Salam Fayyad** nahm sich Zeit für ein sehr langes und ausführliches Gespräch, das fast wie ein politisches Vermächtnis im Rückblick wirkte. Zu Beginn erleben wir eine Überraschung: Salam Fayyad hat von der palästinensischen Vertretung in Berlin unser Thesenpapier (http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dokbin/275/275569.thesenpapier_wie_weiter_in_nahost_kersti.pdf) erhalten und lobt sowohl das Format als auch die inhaltlichen Thesen des Papiers.

Nach Fayyad ist die Zwei-Staaten-Lösung die einzige mögliche Lösung des Nahostkonflikts. Noch sei sie möglich zu erreichen, die Zeit laufe aber ab, besonders wegen der Siedlungsaktivitäten, die ständig das Gebiet eines zukünftigen Staates Palästina beschnitten. Fayyad tritt für Gewaltlosigkeit und Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen ein. Er habe immer den Ansatz vertreten, dass es trotz der Besetzung richtig sei, die Bedingungen zu verbessern und in Capacity building, Wirtschaft und Institutionen zu investieren. Wenn gleichzeitig das Siedlungssystem ausgebaut werde, stelle sich aber die Frage, ob es wirklich ein Interesse gebe, die Besetzung zu beenden, oder ob die Besetzung damit sogar effektiver gemacht wird. Sehr schädlich seien die dauernden israelischen Armeeaktionen sogar in den A-Gebieten [*unter palästinensischer Sicherheitsverantwortung*]. Die Fortschritte der PA im Sicherheitssektor, in die Fayyad viel politisches Kapital investiert habe, und auch die Autorität der PA, würden damit ständig untergraben. Laut Fayyad ist Sicherheit der Kern des Staatswesens, offensichtlich sei Israel nicht bereit die Palästinenser hier zu stärken.



Fayyad zitierte den palästinensischen Nationaldichter Muhammad Darwisch: „Frieden wird nicht zwischen Herr und Knecht gemacht.“ Aber in Israel könne er keine Führung erkennen, die das eigene Volk mit der Realität, d.h. zum Beispiel dem schädlichen Siedlungssystem konfrontiere. Er sei kein Optimist und gehe nicht davon aus, dass er noch eine Lösung erlebe, aber irgendwann müsse sich die israelische Position ändern. Die PALSEC Konferenz in Berlin hob er positiv hervor, eine weitere Internationalisierung des Konflikts sei wünschenswert. Netanyahus Plänen für ökonomischen Frieden stehe er nicht ablehnend gegenüber, wenn damit echte Fortschritte verbunden seien, die Palästinenser brauchten dringen bessere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Fayyad frage sich, warum die Welt jetzt nicht **von Netanyahu verlange, die Zweistaatenlösung (Road Map) anzuerkennen**. Man solle nicht die ganze Zeit nur über Hamas reden. Dieselben Anforderungen müssten auch für Israel gelten.

Das 2005 Abkommen über Bewegungsfreiheit und Zugang müsse voll umgesetzt werden, die Trennung von Gaza und Westbank sei inakzeptabel. Zentral sei die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens. Er glaube generell nicht an Sanktionen und Bestrafung. Einziges Beispiel in der Geschichte sei der Sonderfall Südafrika. Im Falle Gaza profitiere nur die Hamas von der Abriegelung. Auch das so entstandene Tunnelsystem nutze Hamas (z.B. durch Besteuerung).

Hinsichtlich des laufenden **Versöhnungsprozesses zwischen Hamas und Fatah** zeigte sich Fayyad skeptisch. Hamas müsse akzeptieren, dass die Grundlage einer neuen Einheitsregierung die Prinzipien der jetzigen Regierung sind, also die Anerkennung der internationalen Verträge. Was in ihrer Partei-Plattform stehe sei etwas anderes. Aber der Graben zwischen Fatah und Hamas sei auch „kulturell-religiös“ bedingt tief. Hamas denke transnational und sei Teil einer regionalen islamistischen Agenda. Durch Massenmedien wie Al-Jazeera würden sie zusätzlich aufgewertet. Man müsse dahin kommen, dass die Palästinenser die Gelegenheit hätten, die Politik von Fatah und Hamas zu vergleichen. Die Einheitsregierung von 2007 sei nicht allein wegen externem Druck gescheitert, sondern auch weil „die Parteien“ [Anm.: also Hamas *und* Fatah] sie nicht wirklich gewollt hätten.

Auf Nachfrage legte Fayyad dar, dass PA transparent arbeite und Korruption kein Problem sei. Das sehe man daran, dass die USA hohe Summen direkt an die PA transferieren, was nur dank transparenter Regierungsführung geschehe [sic]. EU solle eine aktivere Rolle spielen und nicht die USA imitieren. Die USA seien zum jetzigen Zeitpunkt noch unentschlossen. Die EU dürften ihre Politik nicht nur danach ausrichten, was für Israel akzeptabel sei. Es gehe nicht um „pro-“, oder „anti-Israel“, sondern eine **klare Ausrichtung am Völkerrecht und den Menschenrechten**. EU müsse nicht reden, sondern handeln. Beispiel sei die Initiative von GBR Außenminister David Miliband, die zur Einhaltung der Richtlinien hinsichtlich der Illegalität der präferierten Einfuhr von Siedlungsprodukten in die EU aufrufe. Auch das „Upgrade“ der EU-Israel-Beziehungen müsse eingefroren werden, um der neuen Regierung kein grünes Licht für Siedlungspolitik zu geben.

Auf die Frage nach seinem vorzeitigen Rücktrittsangebot antwortete er: Er selbst habe sich entschieden, seine Tätigkeit zu beenden, bevor jegliche Legitimität verloren gehe. Die Versöhnungsgespräche seien dafür ein guter Moment gewesen, da er der Bildung nicht im Wege stehen wollte. In „ein paar Tagen“ wenn Abbas aus Kairo zurückkehre rechne er damit, dass er ihn freistelle. Ein „fresh Start“ sei jetzt notwendig. Im Januar 2010 müsse es in jedem Fall Neuwahlen geben, auch wenn damit neue Risiken verbunden seien. Dazu sehe er keine Alternative.

Dienstag, 31. März

1. Besuch in Gaza

Wir starten bereits um 6.15 Uhr nach Gaza, um rechtzeitig vor Schließung der Grenze am frühen Nachmittag den Gazastreifen wieder zu verlassen. Am Grenzübergang Eres ist ein riesiges neues Terminal entstanden, das riesige Mengen von Personenverkehr bewältigen könnte. Aufgrund der Blockade und der rigorosen Ausreisepolitik kommen aber nur vereinzelt Menschen über die Grenze. Bei der Fahrt zur UNRWA sehen wir bereits Teile der weitreichenden Zerstörungen. Besonders die wenigen wirtschaftlichen Kapazitäten sind schwer betroffen, 700 Fabriken und Manufakturen wurden zerstört.

Exporte aus Gaza (z.B. Schnittblumen) sind fast unmöglich geworden. Die gezielte Bombardierung von Industriegebieten habe gerade jene moderaten politischen Kräfte geschwächt, die noch Kontakte nach Israel hatten und bis vor kurzem reisen konnten.

a) Gespräch mit Aiden O'Leary / UNRWA

Als Erstes führen wir ein Gespräch mit dem **stv. Direktor des Flüchtlingshilfswerkes UNRWA in Gaza, Aiden O'Leary**. UNRWA ist für 750.000 in Gaza lebende Flüchtlinge verantwortlich und betreibt Schulen für 200.000 Kinder. O'Leary schilderte eindringlich die Wirkungen der Blockade:

45% der Menschen in Gaza seien arbeitslos, 60% der Bevölkerung unter 18 Jahren. Die PA hatte sich nach der Hamas-Machtübernahme 2007 entschieden, alle Angestellten in den Streik zu schicken. Alle Angestellten der PA, darunter die Lehrer, sitzen zu Hause und bekommen weiter ihren Lohn überwiesen. Das hatte den katastrophalen Effekt, dass Hamas z.B. in den Schulen eigene Lehrer einsetzen musste, denen oft die notwendigen Qualifikationen fehlen und die ideologisch der Hamas nahestehen. UNRWA dürfe selbst das nötigste nur begrenzt einführen. Den Menschen fehlt aufgrund der Blockade jegliche Perspektive. Gaza werde von außen als „Feindesland“ wahrgenommen, die **Pauschalverurteilung sei gefährlich und kontraproduktiv**. Die meisten Menschen im Gazastreifen sehnten sich nach Ruhe und Frieden.

Die israelische Politik des Drucks – die wohl betrieben werde, um Gilad Shalit freizubekommen – sei genau kontraproduktiv. Die israelische Behauptung, die Abriegelung stehe im Verhältnis zum Raketenbeschuss sei unwahr. In Phasen von deutlich verringertem Beschuss oder völliger Ruhe seien die Grenzen auch nicht geöffnet worden. In der Zeit des 6-monatigen Waffenstillstandes habe UNRWA z.B. kein Mehl einführen dürfen. Der UNRWA-Compound sei während des Gazakrieges 45 Stunden lang unter Beschuss gestanden. Es sei ein unglaublicher Skandal, dass die UN-Einrichtungen schutzlos waren, die UNRWA-Direktorin angegriffen worden sei und der Sicherheitsrat nicht einmal eine klare Verurteilung ausgesprochen habe. Falsche Behauptungen, vom Gelände aus hätten Militante operiert, seien einfach unkritisch übernommen worden und in der Presse reproduziert worden.

Derzeit kommen nur ca. 80-120 statt der benötigten 400 Lastwagenladungen (über die Übergänge Keren Shalom und Karni) herein. Trotz einer israelischen Kabinettsentscheidung über verbesserte Einfuhr muss UNRWA selbst über die Einfuhr von Grundnahrungsmitteln wie Nudeln und Tomatensoße oder Papier für Schulbücher langwierige Verhandlungen führen. Die Lebensmittelrationen seien auf 60% des Mindestbedarfs heruntergefahren worden.

Hamas kontrolliere alle Lebensbereiche in Gaza. UNRWA mache ihnen aber die Grenzen unmissverständlich klar und habe die Bevölkerung dabei auf ihrer Seite. So habe Hamas ein Summer Camp von UNRWA verhindern wollen, dies aber nach großen Protesten der Zivilgesellschaft aufgegeben. Nachdem Hamas im Februar Nahrungsmittelhilfen der UNRWA konfisziert hatte, drohte UNRWA die Einstellung ihrer Aktivitäten an. Hamas habe nach drei Tagen dem Druck nachgegeben und alle gestohlenen Mittel zurückgegeben. Mit der Hamas finde eine Abstimmung in technischen Fragen statt, was z.B. das Schulwesen oder den Gesundheitssektor betreffe. UNRWA enthielte sich dabei jeder politischen Haltung und betont die völlige Integrität. Generell war jedoch die politische Distanz von O'Leary gegenüber der Hamas spürbar. Die UNRWA-Einrichtungen sind unabhängig und von Wachdiensten geschützt. Auch aufgrund der hohen US-Mittel würden die USA sehr genau die UNRWA-Aktivitäten beobachten. Vorwürfe einer „Unterwanderung“ durch Hamas seien schon deshalb abwegig. Personal dürfe sich nicht politisch betätigen, im Falle von Verstößen greife UNRWA hart durch, kürzlich seien 18 Angestellte entlassen worden.

O'Learys persönliche Einschätzung der politischen Lage sei, dass eine Einheitsregierung gebildet werden müsse. Hamas könne nicht „besiegt“ werden. Alle bisherigen Maßnahmen und die Grenzblockade hätten die Bewegung gestärkt. Hamas habe ein Interesse an der Bildung einer solchen Regierung. Solange sie nicht zustande komme, sei Hamas ausschließlich an der Aufrechterhaltung der Sicherheit interessiert, aber nicht an Bildung und anderen Themen.

Als O-Leary 2006 seinen Posten antrat, hätten ihm Mitarbeiter gesagt, es könne nicht mehr schlimmer werden; er müsse jetzt feststellen, dass die Lage jeden einzelnen Monat seit seinem Austritt schlechter geworden sei.

b) Gespräch mit Mitarbeitern des PCHR

Das **Palestinian Center für Human Rights (PCHR)** ist eine der wenigen Organisationen im Gazastreifen, die versuchen noch unabhängig zu arbeiten und auch die Hamas-Regierung kritisieren.

Die Blockade habe ausschließlich der Bevölkerung geschadet, Hamas dagegen genutzt. Hamas habe keine Nachschubschwierigkeiten. Grundlegend sei die Öffnung der Grenzen. Ohne die Öffnung Aufbau und Geld in den Gazastreifen zu bringen sei der beste Weg Korruption zu vervielfachen.

Durch die Abriegelung könne Hamas im Gazastreifen quasi tun und lassen was sie wollten. Es ginge ihnen derzeit nur darum, mit harter Hand die eigene Macht zu sichern. Die Menschenrechtsverletzungen seien enorm. PCHR habe keinen Zugang mehr zu Gefangenen. Im Rechtssystem gelte zwar weitgehend das PA-Recht weiter, de facto herrsche aber Willkür vor, das PCHR erkenne die Hamas-Gerichte nicht als legitime Gerichte an. Hamas-Sicherheitskräfte würden willkürlich Oppositionelle oder Kriminelle verhaften und teils in mobilen „detention centers“ festhalten. Dabei komme es vielfach zu Folterung.

Gravierend sei, dass während des Gazakrieges ein Gefängnis bombardiert wurde, aus dem ca. 350 Schwerverbrecher fliehen konnten. Einige seien von Hamas umgebracht worden, andere seien flüchtig. Hinsichtlich der Frauenrechte seien zwar keine neuen Gesetze in Kraft, eine Art „Selbstzensur“ sei aber dahin gehend wirksam, dass Frauen aus Sicherheitsgründen und den bekannten konservativen Vorstellungen der Hamas sich kaum noch unverschleiert bewegen könnten. Europa müsse sich mehr einsetzen, 2006 Wahlen zuzulassen und das Ergebnis nicht anzuerkennen sei ein enormer Fehler gewesen. Europa solle nicht „good payer“ sondern „good

player“ sein. Israel und Palästina dürfen nicht mit unterschiedlichen Maßstäben behandelt werden.

c) Besichtigung der zerstörten amerikanischen Schule mit Schulleiter Rabhi Salem

Vor der Rückfahrt besichtigen wir die **zerstörte Amerikanische Schule**. Schulleiter Rabhi Salem beklagte verbittert, wie kontraproduktiv und sinnlos diese und andere militärische Aktionen der israelischen Armee gewesen seien. Man habe erklärt, dass man die „Hamasschwächen“ wolle – warum habe man dann genau jene bombardiert, die im Gazastreifen versuchten, ein politisches und demokratisches Gegengewicht zu bilden. Er selbst habe in den USA gelehrt und sei bei den Camp Davis Verhandlungen involviert gewesen. Die Schule sei überwiegend mit internationalen Privatmitteln aufgebaut und nach internationalen Lehrstandards entwickelt worden. Salem schloss aus, dass der Angriff ein Versehen gewesen sei. Die Schule sei bereits früher schon mal attackiert worden, auch damals habe es Proteste gegeben. Israel kenne den Ort genau, eine Verwechslung sei ausgeschlossen. Er wisse nicht wie es weiter gehen solle. Mit den Zerstörungen von Wirtschaft und Bildungseinrichtungen seien die letzten Perspektiven genommen worden. Die internationale Haltung, die die Kollektivbestrafung hinnehme und Israels „Verteidigungsrecht“ einräume könne er angesichts seiner zerstörten Schule nur als zynisch betrachten.



2. Besuch in Israel

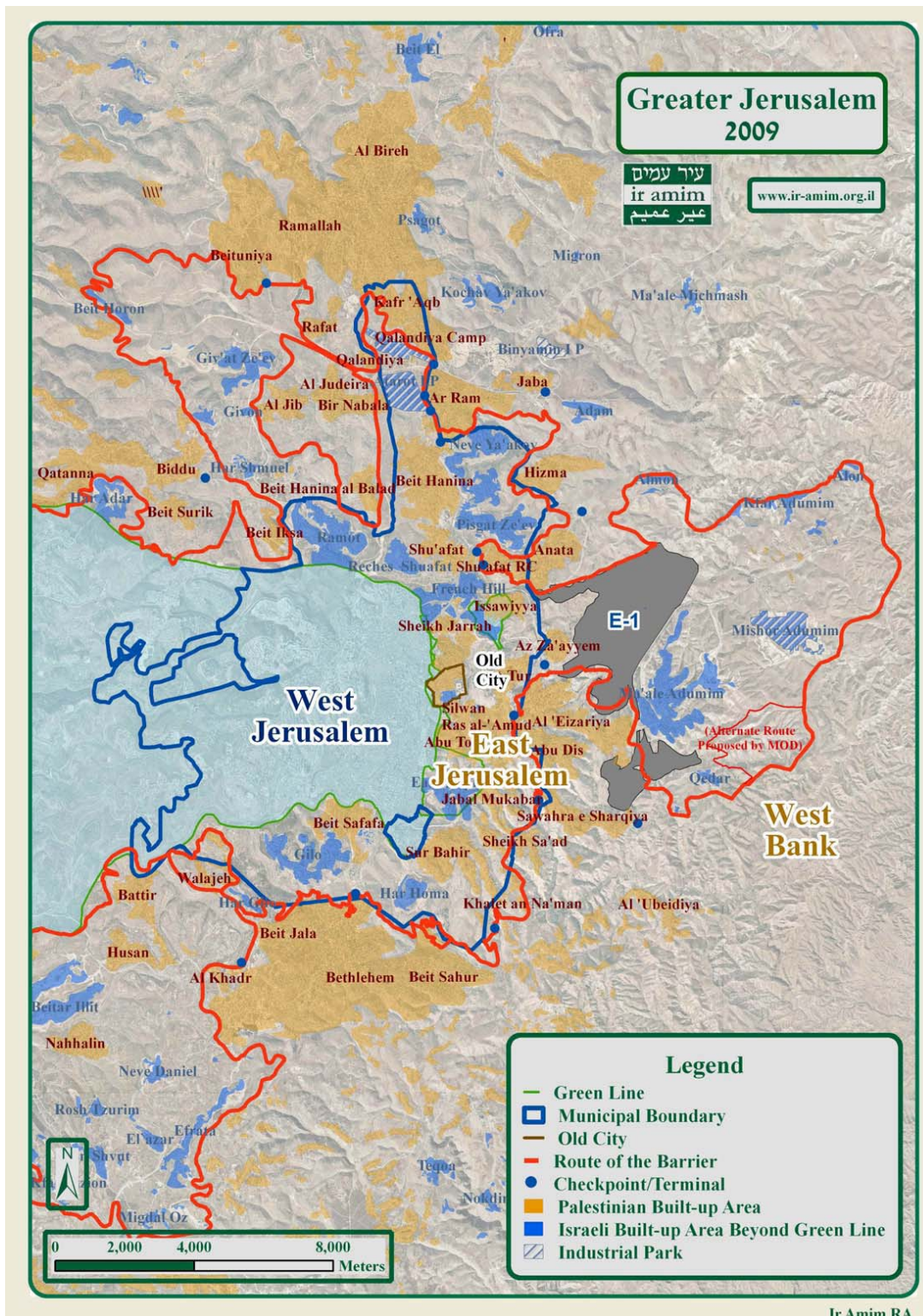
a) Sderot

Mit erheblicher Verspätung werden wir um 15.30 von der **Botschaft Tel Aviv** am vereinbarten Treffpunkt in Empfang genommen. Wir haben noch Zeit für einen kurzen Besuch in Sderot. In der Stadt sind alle Bushaltestellen in Mini-Bunker verwandelt und mit Massivbeton ummantelt. Hier sind in den letzten Jahren tausende der selbst gebastelten „Qassam-Raketen“ und seit jüngster Zeit auch Grad-Raketen aus russischer Provenienz eingeschlagen. Auch wenn die Schäden vergleichsweise klein sind, entsteht dadurch eine Atmosphäre ständiger Bedrohung, die das Leben in der Stadt unerträglich machen. In der lokalen Polizeistation sind Überreste von Qassam- und Grad-Raketen aufgestapelt.



b) Mauerführung durch die NGO „Ir Anim“

Nach Rückfahrt nach Jerusalem machen wir eine Tour mit der **israelischen NGO „Ir Amim“** („City of people“- <http://www.ir-amim.org.il/Eng/>), die einen Überblick über die Siedlungsaktivitäten und den Mauerbau in und um Ostjerusalem anbietet. Die Dimension und Methode sind erschreckend. Bei der Tour wird deutlich, wie rasch die Siedlungen gewachsen sind. Nicht nur die längst von den meisten Israelis als „normale Stadtviertel“ angesehenen Viertel jenseits der grünen Grenze, auch immer neu geplante und durchgeführte Projekte engen den Bewegungsspielraum der Bewohner Ostjerusalems ein und schaffen im annektierten Gebiet neue Fakten. Teilweise werden Projekte mit gezielten ideologischen Zielen, oftmals von ausländischen Investoren wie dem US-Milliardär Irwin Moskowitz vorangetrieben. Moskowitz baut gezielt Siedlungen mitten in arabische Stadtviertel. Über 20.000 Wohneinheiten seien in Ostjerusalem bereits ohne Genehmigung errichtet worden sowie sanitär und stromversorgt. Während illegal errichtete arabische Häuser oft abgerissen werden und generell seit 30 Jahren ohne jegliche sanitäre oder Stromversorgung blieben. Arabische Bezirke in Ostjerusalem werden von der Stadtverwaltung vernachlässigt, Infrastruktur und Dienstleistungen sind mangelhaft, Schulen kaum vorhanden. Die arabische Gemeinschaft ihrerseits lehnt eine Beteiligung an der Kommunalpolitik ab, da hierdurch eine Anerkennung des Status Quo – der Annektierung Ostjerusalems durch Israel – befürchtet wird. Obwohl Ostjerusalem von Israel annektiert wurde, haben die arabischen Bewohner die israelische Staatsbürgerschaft abgelehnt und verfügen über eine so genannte „Jerusalem-ID“. Insgesamt wurden seit Beginn des Friedensprozesses in Oslo 1993 in Ost-Jerusalem ca. 250.000 neue Siedlungen geschaffen. Zur Zeit wird der Ausbau intensiv verfolgt mit dem erklärten Ziel die Umsetzung der Vorstellungen der Road Map zu Ostjerusalem mit Fakten „on the ground“ zunichte zu machen.



Die Mauer und die Grenzanlagen schneiden einige palästinensische Gemeinden, darunter zum Beispiel die Flüchtlingslager Shuafat und Qalandia vom Stadtgebiet ab, obwohl diese eigentlich innerhalb der Verwaltungsgrenzen (blaue Linie siehe Karte) liegen.

Besonders bedrohlich ist das umstrittene „E1“-Siedlungsprojekt. Auf einer freien Fläche zwischen Ostjerusalem und der Siedlungen Maale Adumim sind 3.500 Wohnblöcke. Obwohl bereits die Bush-Regierung gegen die Pläne, die eine Zweistaatenlösung in Jerusalem enorm erschweren, Sturm lief, hat die neue Regierung einen Ausbau angekündigt. Es heißt, dies sei das Versprechen von Netanyahu an Lieberman zur Koalitionsbildung gewesen. Bisher wurde auf

dem Gelände lediglich eine Polizeistation errichtet. Ir Amim und andere NGOs versuchen, auch auf dem israelischen Rechtsweg gegen die Siedungspolitik vorzugehen.

Mittwoch, den 1. April

1. Besuch Yad Vashem

Morgens Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem und Kranzniederlegung. In Yad Vashem wurde 2005 eine grundlegend überarbeitete Dauerausstellung eingeweiht, die sehr beeindruckend ist.

2. Mittagessen mit **Moshe Zimmermann**

Beim darauffolgenden Mittagessen kritisierte **Moshe Zimmermann** die neue israelische Regierung scharf. Insbesondere die Beteiligung der Arbeitspartei sei politischer Selbstmord. Barak sitze jetzt mit ausgemachten Rassisten extremistischer Parteien wie „Ichud Ha-Leumi“ zusammen, die noch weit rechts von Liebermann stünden und die Tradition von Kahane und Ghandi verträten.

Der Friedensprozess der Neunziger werde heute in Israel nicht mehr als verpasste Chance, sondern als großer Fehler begriffen. Israel fahre mit einer Politik fort, die darauf beharre, „keinen Partner“ auf der palästinensischen Seite zu haben. Das sei „praktisch“ für die israelische Position, da man so keine Zugeständnisse machen müsse. Ähnliches gelte für Iran, der als neuer „Erzfeind“ nationale Einheit produziere. Zimmermann geht davon aus, dass Iran auch das bestimmende Thema der neuen Regierung werde, weil man so „die ganze Welt einschalten“ könne. Wie lange die Regierung halten werde sei nicht abzusehen. Das Verhalten mancher EU-Staaten, besonders von Merkel, Israel „grünes Licht“ für den Gazakrieg und Unterstützung ungeachtet konkreter israelischer Politik zuzusichern, sei sehr schädlich für Israel.

3. Gespräche in der Knesset mit **Danny Ayalon (Israel Beitenu) und mit Rachel Adato (Kadima):**

Bei einem Treffen in der Knesset versuchte danach der neue stellvertretende Außenminister **Danny Ayalon von Liebermanns Partei „Israel Beitenu“** Bedenken hinsichtlich der neuen Regierung und seiner Partei zu zerstreuen. „Israel Beitenu“ sei eine „normale Partei“, für die zum Beispiel auch Umweltfragen sehr wichtig seien. Vorurteile, seine Partei sei „rassistisch“, seien unbegründet. Man wolle lediglich erreichen, dass Staatsdienst honoriert werde, während jene, die dem Staat nicht dienen, auch Nachteile in Kauf nehmen müssten. Das richte sich nicht gegen einzelne Gruppen, es betreffe Ultraorthodoxe genauso wie Teile der arabischen Einwohner. Es sei klar, dass Araber in Israel nicht zur Armee gehen könnten, deshalb müsse ihnen die Gelegenheit gegeben werden, andere gemeinnützige Dienste abzuleisten. Man wolle, dass Angehörige des Staatsdienstes einen Amtseid ablegen müssen, der „Aktivitäten gegen den Staat“ verbiete.



Im israelisch-palästinensischen Konflikt erkenne man alle bisherigen Vereinbarungen an. Seine Partei glaube an die Zweistaatenlösung. Das habe auch Liebermann z.B. bei Interviews mit Newsweek und Washington Post klargestellt. Man solle die neue Regierung nicht vorschnell verurteilen; schließlich sei die Olmert-Regierung nicht „einen Zentimeter“ vorangekommen und habe nicht einen einzigen Outpost geräumt. Vorausgesetzt auf der palästinensischen Seite gebe es einen Partner, sei die neue Regierung bereit, konkrete Fortschritte zu erzielen. Man unterstützte die neue Obama-Administration, auch ihre Gespräche mit Iran, allerdings sei man skeptisch, was schnelle Erfolge angehe. Man solle sich aus Sicht Ayalons nicht auf die Siedlungspolitik konzentrieren. Israel habe im Konflikt immer Konzessionen gemacht und die Zweistaatenlösung akzeptiert, während die Palästinenser nicht von Maximalforderungen abrücken würden, z.B. die Flüchtlinge oder Jerusalem betreffend. Die Beziehungen mit Deutschland seien gut und sollen von seiner Partei gestärkt werden. Ein baldiger Besuch in Berlin sei geplant.

Wie weit die Bandbreite zwischen Ayalon, der früher Israelischer Botschafter in Washington war, und seinem Parteichef Liebermann ist, machte der neue Außenminister bei der kurz im Anschluss an das Gespräch stattfindenden Zeremonie klar: Annapolis sei tot erklärte Liebermann, der sich nur auf die Road Map bezog, und wer „Frieden wolle müsse sich auf Krieg vorbereiten“.

Im Gespräch mit Rachel Adato verteidigte sie die Entscheidung Kadimas, nicht in die Koalition einzutreten. Das sei notwendig gewesen, um die Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.

Die neue Regierung sei eine „Mission Impossible“. Den Krieg sah Adato als einen notwendigen Akt der Verteidigung gegen die Raketenangriffe. Schuld sei allein die Hamas, die menschenverachtend agiere.

4. Gespräch im israelischen Außenministerium

Im israelischen Außenministerium folgte ein Gespräch mit **David Akov**, Leiter des „Centers for Policy Research“, einem ministeriumsinternen Think Tank. Akov präsentierte das Bild der „Moderaten“ (Ägypten, Saudi-Arabien) vs. „Radikale“ (Iran, Hamas, Hisbollah) im Nahen Osten. Hamas sei nicht an dauerhafter Ruhe interessiert. Ihre Rechnung, durch dauernden Beschuss eine Öffnung der Grenze nach Gaza zu erreichen, sei nicht aufgegangen. Israel wisse, dass Hamas immer noch populär in Gaza sei. Aber in der Westbank habe man Fortschritte gezeigt, während des Krieges sei es dort ruhig gewesen. Er sei skeptisch, dass sich Hamas und Fatah auf eine gemeinsame Regierung einigen könnten. Auch Fortschritte mit Syrien könne er schwer erkennen. Der neuen israelischen Regierung sei zwar zu empfehlen, Verhandlungen mit Syrien zu testen. Syrien wolle aber von dem neuen US-Ansatz profitieren und „alles umsonst bekommen“. Die Zusammenarbeit mit Hamas und Hisbollah laufe weiter, auf dem jüngsten Gipfel der Arabischen Liga in Doha habe Syrien eine scharfe Rede gegen Israel gehalten. Über die arabische Friedensinitiative sei dagegen nicht beraten worden. In Bezug auf Iran sei der neue „Dual Track“ der USA mit einer Mischung aus Druck und Dialog zu begrüßen. Allerdings sei die gesamte US-Nahostpolitik derzeit noch nicht absehbar.

5. Gespräch mit Dror Etkes

Dror Etkes ist Experte bei der NGO „Yesch Din“ („Es gibt ein Gesetz“), die versucht in unterschiedlicher Weise in Israel bestehendes Recht zu nutzen, um illegale Handlungen im Rahmen der Besatzung wie des Siedlungsausbaus und der illegalen Landnahme zu unterbinden. Ein „law enforcement“-Projekt soll die gerichtliche Verfolgung illegaler israelischer Aktivitäten, z.B. Gewalt gegen Menschen oder Eigentum, unterstützen. Ein weiteres Projekt beschäftigt sich mit israelischen Polizisten, und soll sie sensibilisieren, keine illegalen Handlungen in der Westbank zu tolerieren oder selbst durchzuführen. Ein „Land-Projekt“ kümmert sich um illegale Landnahme, das heißt Siedlungsaktivitäten, die auch nach israelischem Recht eindeutig illegal sind. Iesch Din bietet Rechtsberatung an und bereitet Klagen vor. Aktuell gab es z.B. den Fall einer israelischen Firma, die illegal einen Steinbruch in der Westbank ausbeutete und das Material nach Israel schafft. Die Klagen müssten jeweils 100% „wasserdicht“ sein, um Aussicht auf Erfolg zu haben.

Etkes sieht das **wachsende Siedlungssystem als fundamentale Bedrohung für die israelische Demokratie und den Rechtsstaat**. Israel behaupte international, man sei Menschenrechten und Demokratie verpflichtet, dabei bestehe die permanente **Rechtsverletzung offensichtlich fort**. Besonders die letzten Monate seien besonders schlimm gewesen, was die Siedlungsaktivitäten angehe. Israelische Behörden und Polizei würden das System dulden, was z.B. den ständigen Ausbau von Outposts wie Migron mit 300 Einwohnern erlaube. Gleichzeitig nehme die Bereitschaft in der israelischen Gesellschaft, sich mit dem Phänomen auseinanderzusetzen, kontinuierlich ab. Niemand glaube mehr an die Formel „Land für Frieden“. Stattdessen sei ein religiöses Selbstverständnis auf dem Vormarsch, das stillschweigend das Konzept des israelischen Nationalstaates („Medinat Israel“) mit dem religiös aufgeladenen Konzept „Eretz Israel“ ersetze, mit dem die grüne Linie ihre Bedeutung verliere. Neben den ideologischen Gründen profitierten natürlich auch viele Israelis ökonomisch unmittelbar von der Besatzung. Angesichts der neuen Regierung sei Schlimmstes zu befürchten, z.B. auch der baldige Ausbau des „E1-Projektes“ (s.o.), den Netanyahu im Wahlkampf versprochen habe.

Europa müsse seine Politik dringen ändern: **Wer an einem dauerhaft demokratischen und sicheren Israel interessiert sei, müsse sich dafür einsetzen, dass die Siedlungen abgebaut werden.** Solange Israel von der EU alles umsonst bekomme, bestehe aber kein Anreiz, etwas zu ändern. Die Aufwertung der EU-Israel-Beziehungen müsse an Fortschritte bei einem Siedlungsrückzug geknüpft werden. David Milibands Forderung, die EU müsse ihre eigenen Grundsätze einhalten, indem sie Siedlungsprodukten nicht denselben privilegierten Status wie Produkten aus Israel einräumt, müsse unbedingt unterstützt werden.

Donnerstag, 2. April

1. Frühstück mit Partnern der Heinrich Böll Stiftung

Beim Frühstück mit Partnern der HBS waren die grünen Kommunalvertreter aus Köln angesichts des Ausgangs der israelischen Wahlen skeptisch. **Thabet Abu Ras**, der an der Ben Gurion Universität Geographie unterrichtet und im Vorstand von Greenpeace ist, wies auf die enorm verschlechterten jüdisch-arabischen Beziehungen in Israel hin. Rassismus gegen Araber sei weit verbreitet, die arabische Gemeinschaft stünde unter Druck. Beim Jerusalemer Fußballverein „Beitar Jerusalem“ sei es normal, dass die Fans „Tod den Arabern“ [Mawet le Araavim] sängen; wenn ein arabischer Israeli „Tod den Juden“ rufen würde, wäre dies ein Skandal und stünde in der Zeitung. Siedler gingen gezielt gegen arabische Israelis vor, immer mehr würden in gemischte Städte ziehen wie Akko oder Lod, um dort Unruhe zu stiften. **Dorit Abramowitsch**, die in verschiedenen feministischen Gruppen aktiv ist und für das Israel-Büro der Heinrich Böll Stiftung eine Studie über feministische Organisationen in Israel verfasst hat, sah in der aktuellen Situation eine große Chance für NGOs und für grüne und feministische Bewegungen einen Kontrapunkt zum nationalen Rechtsruck zu setzen. Man müsse neue Bündnisse schaffen. Ihrer Meinung nach sei die Entscheidung von Zipi Livni, in die Opposition zu gehen, weise gewesen. Livni habe sich deutlich verändert und auch vielen Themen geöffnet. So habe sie kurz vor der Wahl auch das „Frauenthema“ entdeckt. Auch wenn sie sich nicht direkt mit der Frauenbewegung solidarisiert habe, habe sie viele Sympathien gewonnen. Ansonsten sei in der Politik die Stellung der Frauen katastrophal: Von den neuen Ministerposten seien nur zwei an Frauen gegangen. **Eilon Schwartz** von der Umweltorganisation Heschel Center, der derzeit auch Vorsitzender der Dachorganisation der Umweltgruppen „Life&Environment“ ist, wies darauf hin, dass NGOs auch aufgrund der Finanzkrise betroffen sein würden, insbesondere durch weniger Finanzierungsmöglichkeiten aus den USA. Die Linke insgesamt und die Grünen in Israel müssten sich besser organisieren, die Wahlniederlage sei vernichtend gewesen. Die Rechte sei viel besser organisiert, außerdem fehlten der Linken Führungspersönlichkeiten wie Benyamin Netanyahu. „Links“ dürfe nicht nur in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt definiert bleiben. Die Linke müsse Themen besetzen. Die Bewegung „Ir le Kulanu“ (City for all) auf kommunaler Ebene sei ein positives Beispiel.

„**Ir le Kulanu**“ ist ein parteiübergreifendes Bündnis, das grünen Ideen nahesteht und bei den letzten Kommunalwahlen in Tel Aviv mit 35% der Stimmen einen großen Erfolg erzielen konnte. Allerdings wird der Stadtrat von einer breiten Koalition der übrigen Parteien beherrscht. Da zum 100-jährigen Stadtjubiläum Tel Avivs gerade eine Kölner Delegation anwesend war, gab es in der Böll-Stiftung noch die Gelegenheit zum Austausch. Sharon Malki and Noach Efron von Ir le Kulanu und Tami Zandberg von Meretz (Teil der Ratskoalition) sowie Frieder Wolf, Referent für internationale Angelegenheiten und Andreas Wolter, Mitglied der grünen Ratsfraktion in Köln nahmen teil. Beim Gespräch konnten die Kölner Vertreter viele interessante Anregungen aus grüner Sicht einbringen, z.B. die Idee des „public budgeting“, die in Köln seit einigen Jahren betrieben wird oder Ideen zur besseren Integration von Minderheiten und marginalisierten Gruppen. Der Dialog soll fortgesetzt werden.

2. Mittagessen mit den Fernsehjournalistinnen Ayala Chasson und Anat Saragusti.

Ayala Chasson ist eine der prominentesten israelischen Medienvertreterinnen vom Ersten Staatsfernsehen. Sie versuchte die israelische Wahrnehmung des Gazakrieges und das Wahlergebnis zu vermitteln. In der israelischen Gesellschaft glaube niemand mehr an Friedensverhandlungen. Die Bevölkerung habe nach dem dauernden Raketenbeschuss ein hartes Durchgreifen gefordert. Sie warnte davor Liebermann, den Sie gut kenne, vorschnell zu verurteilen. Die Kritik an seiner Rede im Außenministerium sei unfair, immerhin habe er sich darin klar zur „Road Map“ und damit zur Zweistaatenlösung bekannt. Er sei der einzige israelische Politiker, den man 100% beim Wort nehmen könne. Netanyahu sei Ideologe und Pragmatiker zugleich. Tsipi Livni werde die Entscheidung, in die Opposition zu gehen, nach Auffassung von Chasson schaden. **Anat Saragusti** arbeitet in der NGO „Agenda“, mit der sie die Stimme der Minderheiten in Israel stärken will. Kernelement sei die Beratung und Unterstützung z.B. für arabische JournalistInnen und NGOs, deren Stimme in den Medien und der Gesellschaft marginalisiert sei. Eine Studie von Agenda habe ergeben, dass in den hebräischen Medien sich nur 0,5-1 % der Artikel mit arabischen Themen in Israel beschäftigen – und davon stünden 50% in einem Kontext, den die arabischen Israelis als Bedrohung sehe.

3. Gespräch mit Ron Pundak vom Peres-Center for Peace

Ron Pundak vom Peres-Center for Peace stellte die Aktivitäten des Zentrums vor, das sich immer noch um israelisch-arabische Begegnungen bemüht, sowie für die Palästinenser Capacity Building, Gesundheitsprojekte und Wirtschaftsförderung betreibt. Pundak hat wie viele andere Gesprächspartner hohe Erwartungen an die internationale Gemeinschaft. Er schlug vor, die allen bekannten Linien einer Einigung in eine VN-Resolution zu fassen welche Resolution 242 ersetzen solle, und diese dann mit Druck umzusetzen. Die Akteure selbst seien dazu nicht mehr in der Lage.

Freitag, 3. April

Vor der Abreise gab es noch ein Treffen mit **Eran Ben Yemini, Vorsitzender des neuen „Green Movement“**, die als neue glaubwürdige grüne Partei in Israel gilt. Vor dem Gazakrieg stand der Bewegung nach Umfragen der Einzug in die Knesset bevor, der aber schließlich knapp scheiterte. Es sei ein generelles Problem, dass der Konflikt weiterhin wichtige soziale Themen und Umweltfragen überlagere. Andererseits sei klar, dass sich auch das „Green Movement,“ im Konflikt positionieren müsse. Er sehe aber ein Potential für grüne Themen, so sei das Interesse an erneuerbaren Energien und z.B. Solarenergie groß. Zentral sei die Vernetzung der AktivistInnen.